

III. Einigungsbestrebungen im Konfliktfeld wirtschaftlicher Interessen und amtlicher Politik 1926–1929

1. Organisatorische Stabilisierung und programmatische Profilierung der Europa-Verbände 1926

Zunächst konstituierte sich im Frühjahr 1926 die Verständigungsaktion als ‚Verband für europäische Verständigung‘ und beteiligte sich dann an der Gründung des internationalen ‚Bundes für europäische Cooperation‘. Seit Wilhelm Heile im Frühjahr 1925 aus den Diensten Coudenhoves ausgeschieden und zur ‚Interessengemeinschaft‘ übergewechselt war, hatte in ihm die Verständigungsaktion unter Leitung Schückings einen rührigen Mitarbeiter gefunden, der den Urheber Nossig allmählich überrundete und anfangs 1927 ganz aus dem deutschen Komitee verdrängte.

Weder die Bemühungen der Aktion, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Mitarbeit und Förderung zu gewinnen, noch die Versuche des Auswärtigen Amtes, über einen von Wirtschaft und amtlicher Politik unterhaltenen zentralen Fonds die Einigungsbewegungen im ganzen in den Griff zu bekommen, waren im Laufe des Jahres 1925 erfolgreich verlaufen. So mußte sich das Komitee mehr als bisher an die breite Öffentlichkeit wenden, um Rückhalt bei gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden. Dabei knüpfte es an die in der Öffentlichkeit erst vereinzelte Bereitschaft zur Verständigung in Europa an, wie sie in Stresemanns amtlicher Locarno-Politik bereits zum Ausdruck gekommen war.

Als ‚Verband für europäische Verständigung‘ trat die Aktion im Frühjahr 1926 mit einem Aufruf¹ an die deutsche Öffentlichkeit. Er interpretierte Locarno als „Zeichen für die Aussöhnung der europäischen Völker“ und als einen „Anfang“ auf dem Wege zum „Zusammenschluß zu positiver Zusammenarbeit“ und forderte zu einer Sammlungsbewegung für „Sicherung der deutschen Interessen und Annäherung der Völker“ auf. Nach der Liste der Unterschriften schien es in der Tat gelungen zu sein, namhafte gesellschaftliche Gruppen, wirtschaftliche Verbände sowie Repräsentanten aller Parteien und politischer Richtungen mit Ausnahme der extremen Rechten und der KPD zu gewinnen. Seitens der Regierung hatten u. a. Reichswehrminister Geßler, Innenminister Külz, Reichskanzler Marx, Finanzminister Reinhold, Außenminister Stresemann sowie einige Minister von Landesregierungen wie der preußische Innenminister Carl Severing unterschrieben; daneben – angeführt von Reichspräsident Löbe – Parlamentarier vorwiegend der DDP, der SPD, aber auch des Zentrums und der DVP; auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Reichsverband des deutschen Handwerks sowie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften waren vertreten. Selbst aus Kreisen von Handel, Industrie und Banken war

¹ Für europäische Verständigung, S. 9–19; auch: Berliner Tageblatt, 28. 7. 1926.

Zustimmung gekommen: So von zahlreichen Handelskammer-Präsidenten, vom Hansa-Bund, vom ehemaligen RDI-Vorsitzenden Sorge sowie von den Bankiers Hans Fürstenberg (Berliner Handelsgesellschaft), Herbert Gutmann (Dresdner Bank) und Oscar Schlitter (Deutsche Bank).

Wenngleich wesentliche Kräfte der Gesellschaft der Weimarer Republik dem Aufruf zugestimmt hatten, so darf nicht übersehen werden, daß die nationale Rechte nicht gewonnen werden konnte, was bis zu einem gewissen Grade der Paneuropa-Union mit Hoetzsch von der DNVP gelungen war, und daß überdies nicht viel mehr als ein Bekenntnis zu einer ‚Verständigungspolitik‘ gefordert war, die nicht auf überstaatliche Integration Europas zielte, sondern – freilich mit friedlichen Mitteln – revisionistische Ziele anstrebte.

Die im Sommer 1926 folgenden Bemühungen des Verbandes, gemeinsam mit den sympathisierenden Komitees im Ausland einen internationalen Verband zu schaffen, wurden vom Auswärtigen Amt wiederum beträchtlich unterstützt. Dem Antrag Stresemann um eine Subvention in Höhe von 110 000 Mark vermochte das Finanzministerium zwar nicht in vollem Umfang nachzukommen; immerhin bewilligte es 25 000 Mark².

Allerdings belasteten die anhaltenden Differenzen zwischen dem VEV und Coudenhove-Kalergi die Vorbereitungen für eine Konstituierung namentlich in Frankreich, wo sich Herriot und Painlevé von zwei konkurrierenden Gruppen umworben sahen. Auch in Großbritannien kamen die Vorbereitungen nur schleppend voran, da man dort die europäischen Angelegenheiten in den Händen des Völkerbundes bzw. der Völkerbund-Ligen am besten aufgehoben sah.

Schließlich gelang es in den ersten Septembertagen 1926 in Genf, unter Beteiligung der britischen ‚League of Nations Union‘, eine internationale ‚Fédération pour l’Entente Européenne‘ ins Leben zu rufen³. Wenngleich Nossig die Konstituierung des Bundes als vollen „Sieg über das Paneuropäische Programm, das Hr. Reichspräsident Loebe zur Sprache gebracht hatte“, interpretieren wollte, so mußte doch auffallen, daß es wiederum dem neuen Verband nicht gelungen war, auch die nationale Rechte – die sich in der ‚Paneuropa-Union‘ eher heimisch fühlte – zu beteiligen. Unter dem Eindruck, daß die in den nationalen Komitees wirkenden Repräsentanten der Rechten wie Carl Cremer von der DVP, der Franzose François-Poncet und der Engländer Chamberlain an der Tagung am Sitz des Völkerbundes offenbar demonstrativ nicht teilgenommen hatten, sah Wilhelm Heile die Gefahr von „pazifistischen Kundgebungen linksgerichteter Kreise“ gegeben und richtete seine Hoffnung darauf, daß der für den kommenden Monat geplante Kongreß der konkurrierenden ‚Paneuropa-Union‘ in Wien mit einem „eklatanten Mißerfolg“ enden werde⁴.

Der von der Gründungsversammlung verabschiedete Aufruf „An alle Völker Euro-

² PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

³ Europäische Cooperation, S. 3.

⁴ Dt Kons Genf an AA, 5. 9. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

pas!“⁵ stellte ganz offensichtlich einen Kompromiß zwischen französischer und deutscher Auffassung dar. Deutlicher als im Aufruf des deutschen Verbandes vom Frühjahr 1926 forderte der internationale Bund, „was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, (müsse) zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden“ – eine Formulierung, für die das Auswärtige Amt die deutschen Repräsentanten zur Rechenschaft zog. Einig war man sich in Genf hingegen in der Distanz zu Coudenhoves ‚Paneuropa‘; da das Ziel „nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen“ könne, wurde „jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus“ abgelehnt.

Nachdem sich in Deutschland die Anhänger einer europäischen Verständigung organisiert und zusammen mit Briten und Franzosen bereits einen internationalen Dachverband gegründet hatten, schien es auch Coudenhove „höchste Zeit, eine feste Zentralorganisation zu schaffen, um eine Zersplitterung der Bewegung zu verhindern“. In den verschiedenen Staaten hätten sich nämlich „spontan Paneuropa-Komitees gebildet ohne genügenden Kontakt mit der Zentrale; und in manchen Ländern bewarben sich sogar rivalisierende Gruppen um meine Anerkennung“⁶ – so aus der Perspektive Coudenhoves.

Unterschlagen wurde mit dieser Formulierung, daß den ‚rivalisierenden Gruppen‘ gerade in Deutschland an einer Anerkennung und Autorisierung durch den Urheber der Paneuropa-Bewegung schon deshalb nicht gelegen sein konnte, weil sie sich als mitteleuropäisch-regionale bzw. pazifistisch-universale Konkurrenz zur kontinentaleuropäisch und anti-demokratisch orientierten Paneuropa-Union verstanden. Für die Selbsteinschätzung Coudenhoves ist bezeichnend, daß in seinen zahlreichen Erinnerungen die Auseinandersetzungen mit anderen Europa-Verbänden, insbesondere mit der in Deutschland politisch mindestens ebenso bedeutenden Interessengemeinschaft der Parlamentarier bzw. mit dem späteren Verband für europäische Verständigung gänzlich verschwiegen und ihm nicht genehme Konkurrenten wie Georg Gothein vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und Professor Walther Schücking von der liberal inspirierten Verständigungsaktion namentlich gar nicht erst genannt werden. Vorwürfe, Coudenhove wolle sich in der europäischen Bewegung „als der Gott fühlen, der keine Götter neben sich duldet“⁷, wurden von verschiedener Seite erhoben und für die unfruchtbare Zersplitterung der Einigungsbestrebungen in den zwanziger Jahren verantwortlich gemacht⁸. Dies galt auch außerhalb Deutschlands. In Frankreich wolle man es keineswegs „länger mit ansehen“, berichtete beispielsweise Botschafter Hoesch⁹, „dass zum Beispiel Graf Coudenhove der Pan-Europa-Bewegung die Gesetze vorschreibe, die die Mit-

⁵ Für europäische Verständigung, S. 20–27.

⁶ Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, S. 122.

⁷ So etwa Wilhelm Heile an Coudenhove, 23. 3. 1925, BA NL Heile 18.

⁸ Dazu z. B. Italiaander, Richard N. Coudenhove-Kalergi, S. 33: „So aber blieb die Paneuropa-Bewegung ein elitäres, ja fast autoritäres Ein-Mann-Institut“.

⁹ Hoesch an AA, 31. 3. 1927, PA Ref Vbd Allg B 2, Bd 4.

glieder der Organisation annehmen müssten, ob sie sie billigten oder nicht. Die europäische Verständigung sei kein Betätigungsfeld für Diktatoren“.

In dem Bemühen, die entstehende Europa-Bewegung in der Paneuropa-Union zu sammeln und auf sein Programm zu verpflichten, hatte Coudenhove zu einem Paneuropa-Kongreß eingeladen, der Anfang Oktober 1926 in Wien stattfand. Zwar wurde die theatralische Aufmachung der Tagung von verschiedener Seite belächelt, doch läßt sich nicht leugnen, daß der von Coudenhove geschickt inszenierte Kongreß die öffentliche Identifikation seines ‚Paneuropa‘ mit der europäischen Bewegung überhaupt entschieden gefördert hat¹⁰.

Zu diesem für Coudenhove bedeutsamen Erfolg trug die Popularisierung der ‚Paneuropa-Union‘ mit zeitgemäßen Techniken der Massenmobilisierung bei, so die zielbewußte Schaffung von Identifikationssymbolen¹¹ wie des auch als Flagge oder Wimpel erhältlichen ‚Paneuropa-Sonnenkreuzes‘, das die zahlreichen Publikationen des Paneuropa-Verlages zierte, eines ‚Paneuropa-Wahlspruches‘ und nicht zuletzt die konsequente Verwendung des einprägsamen Schlagwortes ‚Paneuropa‘ selbst. Versuche, die Bewegung in Form einer Europa-Partei an Wahlen teilnehmen zu lassen und die Mitglieder in eine Art ‚Paneuropa‘-Uniform einzukleiden, traten 1932 hinzu.

1926 waren solche Ansätze zur geführten Massenbewegung freilich noch nicht so offenkundig. Coudenhove war es immerhin gelungen, namhafte Vertreter des politischen und kulturellen Lebens vieler europäischer Staaten zur Teilnahme in Wien zu bewegen; so beteiligten sich von deutscher Seite Reichspräsident Löbe und der ehemalige Reichskanzler Wirth. Ein Grußtelegramm sandte zwar Briand, nicht aber Stresemann. Um die Organisation zu festigen, wurde ein aus den Vorsitzenden der Nationalkomitees bestehender Zentralrat gebildet, als Präsident der Paneuropa-Union Coudenhove selbst durch Akklamation gewählt¹². Die politisch-programmatische Tendenz der Organisation wurde nicht allein durch die Einladung an Alexander Kerenski unterstrichen, der nach den Worten Coudenhoves „die russische Demokratie“¹³ in Wien vertrat, sondern gerade auch durch einen öffentlich ausgetragenen Konflikt über das für ‚Paneuropa‘ geltende Demokratieverständnis.

So hatte Coudenhove den ihm aus der ‚Aktivismus‘-Bewegung verbundenen Kurt Hiller gewonnen, der vom „neoaristokratischen oder logokratischen Standpunkt aus“ „die Problematik des demokratischen Prinzips“¹⁴ in einem Vortrag über ‚Demokratie?‘ erörtern sollte. Als der Redner Demokratie als „das kolossale Vorurteil unserer Zeit“, als „Götze(n) der Mehrheit, also der Mittelmäßigkeit“ bezeichnete und voraussagte, „daß nicht eher Paneuropa kommen wird und Friede kommen wird . . . , als dieser Götze gestürzt“ und durch die auf Nietzsche sich gründende

¹⁰ Z. B. Dt Ges Wien (Lerchenfeld) an AA, 8. 10. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 1.

¹¹ Vgl. Coudenhove, Kampf um Europa, S. 98.

¹² Kampf um Europa, S. 122–124.

¹³ Ebda.

¹⁴ Hiller, Ratioaktiv, S. 60.

aristokratische ‚Herrschaft der Besten‘ ersetzt werde, provozierte er den heftigen Widerspruch des präsidiierenden Sozialdemokraten Paul Löbe, der die Demokratie als ‚Auslese der Besten‘ zu verteidigen suchte.

Nachdem Coudenhoves Bemühen, den internationalen Pazifismus für sich zu gewinnen, gescheitert war und seiner Paneuropa-Union in Gestalt der namentlich von Liberalen getragenen Verständigungsbewegung eine auf breiter öffentlicher Resonanz beruhende Konkurrentin erwachsen war, wurde nun auch das Verhältnis zwischen der Paneuropa-Union und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einer Belastungsprobe unterworfen.

Coudenhove war zunächst bemüht gewesen, die programmatische Übereinstimmung von ‚Paneuropa‘ mit dem ‚Sozialismus‘ zu beweisen. Dabei versuchte er das „europäische Proletariat“ vor die Alternative zu stellen, „sich entweder mit seiner ganzen Macht für die Paneuropa-Bewegung einzusetzen und durch diese Zusammenfassung aller paneuropäischen Kräfte die rechtzeitige Einigung zu sichern – oder durch eine Spaltung der Bewegung in eine bürgerlich-kapitalistische und in eine proletarische die Aktion zu lähmen und so indirekt die Antieuropäer zu unterstützen“¹⁵. Diese Integrationstaktik erklärt auch, weshalb er für das im Mai 1926 geschaffene Präsidium der deutschen Gruppe Paul Löbe (neben den Abgeordneten Koch-Weser und Graf Lerchenfeld) gewinnen konnte¹⁶. Trotz der Popularität, die ‚Paneuropa‘ durch den Kongreß zumindest zeitweilig auch in der Presse errungen hatte, was zahlreiche Eintritte in die Organisation nach sich zog, mußte aber Coudenhove ein Jahr später eingestehen, daß „die Fortschritte der Paneuropa-Union weit hinter denen der Paneuropa-Bewegung zurückstehen“ und es nicht gelungen war, breitere Schichten, gerade aus den Reihen der Arbeiterschaft, zu gewinnen¹⁷.

Diese Entwicklung war freilich unter dem Eindruck des Propagandaerfolges der Wiener Tagung noch nicht abzusehen. Der VEV glaubte sich durch den Paneuropa-Kongreß in Zugzwang gesetzt und veranstaltete im November 1926 im Reichstagsgebäude zu Berlin eine entsprechende, auf öffentliche Wirkung ähnlich bedachte Kundgebung¹⁸. Im Unterschied zu der von Coudenhove straff geführten Paneuropa-Union offenbarten die in Berlin gehaltenen Reden erhebliche programmatische Divergenzen innerhalb des Verbandes für europäische Verständigung. Nicht Locarno, sondern den deutschen Eintritt in den Völkerbund nahm Schücking zum Anlaß, um als Ziel des Verbandes die „rechtliche Organisation der Staatenwelt“ zu bezeichnen. Zugleich unterstrich er die Konzeption des Verbandes als einer überparteilichen Sammlungsbewegung, weshalb man nach einem „pazifistischen Taufschein“ nicht frage. Wilhelm Kahl setzte hingegen die Akzente seiner Rede gänzlich anders. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war, wie Deutschland „aus der Tiefe zur Höhe“ kommen solle – worunter er nichts anderes als „Weltgeltung und Weltstellung“ verstehen wollte. Dazu schien ihm ‚Verständigungspolitik‘ die

¹⁵ Coudenhove, Paneuropa und Sozialismus, in: Vorwärts Nr. 351, 28. 7. 1925.

¹⁶ Vossische Zeitung, Nr. 237, 21. 5. 1926.

¹⁷ Berliner Börsen-Courier Nr. 463, 4. 10. 1927.

¹⁸ Für europäische Verständigung, S. 51–53.

geeignetste Methode. Weder er noch Ludwig Kaas vermochten über den Völkerbund Positives zu sagen. Angesichts dieser Spannungen zwischen rechtlich begründeter Völkerbundsorientierung und pragmatischem Kalkül unter dem Aspekt des nationalen Revisionismus, denen die ‚Verständigungspolitik‘ offensichtlich unterworfen war, forderte Heile – um die Integrationsfähigkeit des Verbandes besorgt – in seinem Schlußwort „Europäer aller Richtungen, Europäer aller Länder“ zur Einigkeit auf.

Im Gegensatz zur Paneuropa-Union fiel es dem Verband schwer, eine einheitliche Darstellung seines Programms in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Schon der mehrfache Wechsel des Namens – in dem man das Ziel der ‚Verständigung‘ zur viel weniger anspruchsvollen ‚Cooperation‘ herunterzuspielen versuchte – erschwerte die Identifikation des Verbandes, der nach den Vorstellungen Schückings nicht bloß ein Instrument, sondern zugleich auch „das Gewissen jeder deutschen Regierung“¹⁹ darstellen sollte, mit einem klaren Programm.

Ob es dem Verband gelingen würde, sich durch Gründung von Ortsgruppen, Provinzial- und Landesverbänden, durch eine Vielzahl von Arbeitsausschüssen und durch ein „bis ins letzte Dorf“²⁰ organisiertes Vortragswesen die gewünschte Resonanz in der Bevölkerung und damit eine eigenständige Grundlage in der Gesellschaft zu schaffen, mußte trotz der Beteiligung namhafter Persönlichkeiten und mächtiger Verbandsgruppen allein schon angesichts der wenig geschickten Propagandamethoden und der Heterogenität einzelner Programmelemente fraglich erscheinen.

Während die westeuropäisch orientierte Europa-Bewegung in die den französischen Anti-Revisionismus eher begünstigende Paneuropa-Union und in den stärker revisionistisch ausgerichteten Verband für europäische Verständigung gespalten war, mehrten sich im Laufe des Jahres 1926 die Anzeichen für eine ähnliche Polarisierung innerhalb der ‚mitteleuropäischen‘ Bewegung. Waren schon bei der ersten Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung im September 1925 die Gegensätze zwischen der von Hantos propagierten ‚Donauföderation‘ und der von Gothein vorgetragenen Forderung einer deutschen Beteiligung in südosteuropäischen Kombinationen aufgebrochen, so trat das AA im Frühjahr 1926 aus seiner Reserve gegenüber dem MWT heraus, als Hantos in Wien es unternahm, ein Mitteleuropa-Institut ohne deutsche Beteiligung zu gründen. Zwar billigte man im Amt das Bedenken der Gesandtschaft in Wien, wonach „eine allzu starke Betonung mitteleuropäischer Tendenzen“ geeignet sei, „in anderen Staaten Mißtrauen zu erregen“²¹, doch empfahl Lindner vom AA vorläufig, „daß wir, gleichgültig nach welcher Richtung die Aktion Meinel-Hantos (sic!) strebt, in dieser Bewegung die Finger haben und auf ihre Entwicklung jeden irgend möglichen Einfluß nehmen müßten“, zumal man „ihr gegenwärtig nicht Gleichwertiges gegenüberstellen“ könne²².

¹⁹ Ebda, S. 34.

²⁰ Ebda, S. 6.

²¹ Dt Ges Wien an AA, 27. 4. 1926, ZStA AA 42993, 68–69.

²² AA (Lindner) an Dt Ges Wien, 29. 7. 1926, ebda, 75–76.

Von nun an hielt es das Auswärtige Amt für zweckmäßig, „wenn das amtliche Interesse an den Veranstaltungen der M. E. W. T. ohne unmittelbare amtliche Beteiligung durch die persönliche Fühlungnahme mit den Mitgliedern der deutschen Gruppe und mit den deutschen Delegierten zu den Tagungen gewahrt bleiben könnte“²³. Hierfür erhielt die in Berlin konstituierte Deutsche Gruppe des MWT ab Dezember 1926 von Fall zu Fall Zuschüsse zu den Reisekosten; eine laufende pauschale Subvention durch das AA, wie sie dem Verband für europäische Verständigung in diesen Jahren gewährt wurde, ist dem MWT jedoch nicht zugeflossen²⁴.

2. Kalkulierte Distanz der deutschen Wirtschaft zur europäischen Bewegung 1925–1926

Als sich 1926 die verschiedenen europäischen Einigungsbestrebungen organisatorisch verfestigt und ihre Programme verdeutlicht hatten, war die Haltung der amtlichen Außenpolitik zu diesen Organisationen bereits weitgehend festgelegt. Im Unterschied hierzu hatte die deutsche Wirtschaft mehr Mühe, zu einer einheitlichen Stellungnahme zu finden, zumal sich einige namhafte Bankiers und Industrielle schon seit längerem in dem einen oder anderen Europa-Verband engagiert hatten. Der Einsatz einzelner Wirtschaftsführer wie Max Warburg, Robert Bosch, Richard Heilner oder Hermann Fischer repräsentierte jedoch nicht die offizielle Stellung der wirtschaftlichen Spitzenverbände zu der europäischen Einigungsbewegung. Zudem hatte schon der Sammelband zur ‚Europäischen Zollunion‘ auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, „der zwischen den programmatischen Erklärungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der etwas auffälligen Zurückhaltung besteht, mit der die deutsche Industrie in ihren wichtigsten Fachorganisationen und ihren berufensten Fachvertretern jede Möglichkeit einer Lösung der europäischen Zollunion – soweit Deutschland dazu beizutragen vermag – zu vertragen weiß“²⁵.

In der Tat entsprachen weder das öffentliche Engagement einzelner Wirtschaftsführer noch die betont positive Außendarstellung dem internen Verhalten des RDI zu den Einigungsbestrebungen. Die Europa-Verbände hatten – wie aus internen Rundschreiben hervorgeht – für die Spitzenverbände der Industrie und auch des Handels einen nur untergeordneten Stellenwert. So empfahlen RDI und DIHT im Juli 1926 in gleichlautenden Schreiben²⁶ generell Zurückhaltung gegenüber „Organisationen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa“. Aus Anlaß des Aufrufs des vorbereitenden Komitees zur Gründung eines ‚Europäischen Zollvereins‘ und der Ankündigung weiterer Mitteleuropäischer Wirtschaftstagungen

²³ AA an Graf Lerchenfeld, 13. 6. 1927, ZStA AA 42994, 49.

²⁴ Aufzeichnung 28. 6. 1927, ebda 56–57.

²⁵ Leon Zeitlin, Die europäische Zollunion als deutsches handelspolitisches Problem, in: Europäische Zollunion, S. 136–137.

²⁶ RDI-Rundschreiben, 24. 7. 1926, BA R 13 XII/1.

warnten sie vor der entstehenden Überorganisation, „die auch im Interesse der zu vertretenden wirtschaftlichen Gedanken vermieden werden sollte“.

Gegenüber den außerwirtschaftlichen Organisationen empfahlen die Spitzenverbände, sich innerwirtschaftlicher Instrumente wie der Internationalen Handelskammer zu bedienen, deren Ziel es war, Handelshemmnisse nicht nur in Europa, sondern auch in weltwirtschaftlichem Rahmen abzubauen.

Daß das ohnehin distanziert formulierte Rundschreiben einen offenbar mühsam errungenen Kompromiß darstellte, geht indes aus der für den Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller umredigierten Fassung hervor²⁷. Der positive Hinweis, wonach zumindest doch die Leitgedanken der europäischen Organisationen anerkannt würden, war dort von Reichert gestrichen worden. Er nahm dann auch das von Wirtschaftswissenschaftlern und Industriellen verfaßte Internationale Wirtschaftsmanifest²⁸ vom Oktober 1926 zum Anlaß, um für die „auf den inneren Markt pochenden Wirtschaftszweige der Industrie und der Landwirtschaft“²⁹ gegen die dort formulierten antiprotektionistischen Forderungen zu protestieren. Dabei leitete ihn die Sorge, die seit kurzem intensivierten Beziehungen zwischen Schwerindustrie und Großlandwirtschaft könnten, „nachdem die Silverbergrede vorausgegangen ist, unter solchen Kundgebungen leiden“³⁰. Der auf der Meistbegünstigung aufbauenden Handelsvertragspolitik sprach er jeglichen Erfolg ab und erhob die Forderung, auf dem Weg über eine rigorose Schutzzollpolitik die nach Deutschland einströmenden Kredite zu drosseln und die Reparationsleistungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Die innerwirtschaftliche Auseinandersetzung über Europa-Organisationen und Wirtschaftsmanifest gaben somit den industriellen Gruppen Auftrieb, die auf einen Ausbau des Solidarprotektionismus hinarbeiteten und später unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nicht ohne Erfolg Verständigungsbemühungen und Handelsvertragssystem torpedierten.

Im September 1926 befaßte sich das Präsidium des RDI eingehender mit den einzelnen Europa-Organisationen³¹. Dabei lag ihm eine vermutlich von Kastl angefertigte Aufzeichnung über „die verschiedenen Organisationen auf dem Gebiete der paneuropäischen Bestrebungen“³² vor. Von den insgesamt fünfzehn Verbänden wurden Europäischer Zollverein und Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund gänzlich negativ beurteilt. In bemerkenswertem Unterschied zu der im Juli noch geforderten Distanz wurden die Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen nun als „ernsthafte Bestrebungen“ bezeichnet, obgleich man noch immer zweifelte, ob dort „die gesamtwirtschaftlichen deutschen Interessen in genügendem Masse zur Geltung“ ge-

²⁷ BA R 13 I/211, 121.

²⁸ BA NL Silverberg 226, 167 (20. 10. 1926).

²⁹ VDESI (Reichert) an die Gruppen des Vereins, 16. 11. 1926, BA R 13 I/212, 62–65.

³⁰ Vgl. Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926, in: Sozialgeschichte Heute, Festschrift Hans Rosenberg, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594–610.

³¹ Geschäftliche Mitteilungen des RDI Nr. 26, 23. 9. 1926, lfd. Nr. 238, BA NL Silverberg 126, 120.

³² BA NL Silverberg 126, 121–130.

langten. Die übrigen Europa-Organisationen, darunter auch Coudenhoves Pan-europa-Union, erfuhren keinerlei positive Bewertung.

Hingegen wurde zum einen ein Präsidialbeschluß aus dem Jahr 1925 bekräftigt, wonach „nichts dagegen einzuwenden“ sei, wenn Robert Bosch und Bücher der Internationalen Gesellschaft für wirtschaftliche Verständigung (*Société internationale pour l'entente économique*) beiträten. Zum anderen empfahl der RDI für internationale Kontakte grundsätzlich nochmals unter der Regie von Handel und Industrie arbeitende Organisationen wie das von Mayrisch gegründete Deutsch-Französische Studienkomitee, die Internationale Handelskammer und – wenn gleich nur mit Einschränkung – die Weltwirtschaftskonferenz.

Den auf den Weltmarkt orientierten Exportindustrien und dem Handel standen damit die 1920 gegründete Internationale Handelskammer, der Deutschland 1925 beigetreten war³³, und die für 1927 geplante Weltwirtschaftskonferenz zur Verfügung.

Die binnenmarktorientierten Industriezweige hatten sich hingegen für internationale Kontakte eigene Gremien geschaffen, so für die Beziehungen zu Frankreich das Deutsch-Französische Studienkomitee. Diese kurz ‚Mayrisch-Komitee‘ benannte Institution war im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Internationale Rohstahlgemeinschaft³⁴ entstanden, die – wie die meisten der um 1925/27 gegründeten internationalen Kartelle – von der deutschen und französischen Industrie maßgeblich getragen war. Wesentliches Ziel dieser Absprache war, das Problem des angesichts der bestehenden Produktionskapazitäten verengten europäischen und internationalen Marktvolumens durch eine privatwirtschaftliche Absprache über Produktions- und Absatzquoten zu regeln.

Die Gründung der Rohstahlgemeinschaft wie anderer internationaler Kartelle wurde in den zwanziger Jahren namentlich von den Europa-Organisationen³⁵ als Ansatz zur wirtschaftlichen Integration Europas und als Beleg für industrielle Initiativen im Prozeß internationaler Verständigung interpretiert. Die Interessenlage, die zur Kartellvereinbarung geführt hat, legt jedoch eher den gegenteiligen Schluß nahe. Die Entstehungsgeschichte dieses Abkommens macht deutlich, wie sehr die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Abbruch des Ruhrkampfes und dem Locarno-Vertrag ein Arrangement zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie unausweichlich hat werden lassen, um wenigstens zu einem *modus vivendi* unter den veränderten Konkurrenzbedingungen zu gelangen³⁶. Wie in anderen Fällen wurde auch dieses Kartell „in Form der

³³ Vgl. F. Demuth, Internationale Wirtschaftsvertretungen, in: Das Werden in der Weltwirtschaft, bes. S. 268–276.

³⁴ Jacques Bariéty, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen ‚schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrages, in: Industrielles System, S. 552–568.

³⁵ Z. B. Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, S. 143–144; diese Interpretation ist weithin von der Sekundärliteratur übernommen worden, vgl. z. B. Brugmans, *L'idée européenne*, p. 49.

³⁶ Bariéty, in: Industrielles System, bes. S. 561.

sog. Territorial-Schutzverträge“ abgeschlossen, die die „Konkurrenz durch die Ab-sperrung der Grenzen“ auszuschalten oder wenigstens zu beschränken suchten, „so als ob die Staaten eine prohibitive Schutzzollpolitik treiben würden“³⁷. Den unlösbaren Zusammenhang von internationaler Kartellierung, Schutzzollpolitik und Binnenmarktorientierung rückten zudem die Beteiligten selbst in den Vordergrund, um nicht falschen Erwartungen Vorschub zu leisten. So stellte der Geschäftsführer des VDESI, Reichert, unzweideutig heraus, „der Stahlpakt wäre nicht zustande-gekommen, wenn nicht der Eisenzoll in der seit dem Jahre 1879 bestehenden Höhe aufrecht erhalten geblieben wäre“, und fügte gegenüber dem Abgeordneten Quaatz warnend hinzu: „Sobald am Eisenzoll etwas geändert werden sollte, wird der Stahl-pakt gekündigt werden.“³⁸ Eine Förderung internationaler Arbeitsteilung und Ko-operation war durch die Kartellierung in aller Regel weder beabsichtigt noch als Folgewirkung zu erwarten³⁹. Als Vorstufen wirtschaftlicher Einigung werden sie darum schwerlich interpretiert werden dürfen.

Es überrascht angesichts der zu überbrückenden Interessengegensätze auch nicht, daß das Abkommen durch die Enthüllung der deutschen AVI-Vereinbarung und die folgenden französischen Reaktionen verzögert wurde und erst nach Vermittlung durch den gegenüber Deutschland und Frankreich neutralen luxemburgischen In-dustriellen Mayrisch im September 1926 abgeschlossen werden konnte.

Zu den Vermittlungsbemühungen Mayrischs ist auch das von ihm initiierte Stu-dienkomitee zu rechnen, das noch vor der IRG zustandekam. Das AA wurde von dem Plan Mayrischs durch den ehemaligen Krupp-Direktor Bruhn im November 1925 in Kenntnis gesetzt⁴⁰. Er erklärte dem Amt die Absicht, „sowohl in Frank-reich wie in Deutschland die Entgiftung der öffentlichen Meinung vorzunehmen“, wozu ein „von nationalem Geiste“ getragener deutsch-französischer Informations-ausschuß mit Büros in Berlin und Paris zu gründen sei. Die Reichsregierung wurde um eine jährliche Subvention von 75 000 Mark gebeten, da angesichts der konjunkt-urellen Lage Handel, Industrie und Landwirtschaft zu einer Finanzierung nicht imstande seien.

Im AA billigte man zwar das mit der ‚Verständigungspolitik‘ übereinstimmende Ziel des geplanten Unternehmens, zog jedoch in Anbetracht der Initiatoren in Zweifel, „ob hier rein objektive Gesichtspunkte für die Gründung maßgebend“ seien. So wurden wenigstens für eventuelle Veröffentlichungen begrenzte Zu-schüsse in Aussicht gestellt. Bereits Ende Januar 1926 erhielt das Amt die Mittei-lung, daß die Finanzierung des Vorhabens innerhalb der Industrie gesichert sei⁴¹, was die Arbeit des Komitees allerdings der amtlichen Kontrolle entzogen hätte. Dies schien nicht unbedenklich, zumal das Frankreich-Referat daran interessiert war, daß bei der Verwirklichung des Planes „die schwerindustriellen Sonderinteressen,

³⁷ Horst Wagenführ, Internationale Kartelle und Europawirtschaft, in: E-W 3 (1932), S. 187.

³⁸ VDESI (Reichert) an Quaatz MdR, 1. 11. 1926, BA R 13 I/212, 95.

³⁹ Vgl. Wagenführ, in: E-W 3 (1932), S. 191–193.

⁴⁰ Aufzeichnung 7. 12. 1925, PA Pol II Fr-C, Bd 1, H 017868–74.

⁴¹ Aufzeichnung 24. 2. 1926, ebda H 017890–92.

denen er seine wirtschaftliche Fundierung zu verdanken scheint, nicht zu sehr in den Vordergrund kommen, beziehungsweise dass daraus etwas wird, was politisch nützt“. Bülow hingegen vermochte solche Bedenken nicht zu teilen und begrüßte die Fundierung des Vorhabens durch „solide wirtschaftliche Interessen“⁴².

Während zur selben Zeit der ‚Verband für europäische Verständigung‘ den Versuch als gescheitert ansehen mußte, Anhänger bei der nationalen Rechten und bei der Industrie, gerade der Schwerindustrie, zu gewinnen⁴³, machte die Botschaft in Paris auf die großen Chancen aufmerksam, im entstehenden Studienkomitee gerade die Rechtskreise beider Länder zusammenzubringen⁴⁴. Auch Bruhn trug die Bitte vor, solche Herren zu benennen, „die ohne gerade Parlamentarier zu sein, ausgesprochen rechts gerichtet und Anhänger der deutschnationalen Partei sind“⁴⁵. Bülow kam dem mit der Empfehlung nach, u. a. Fritz Thyssen und Reusch in den Ausschuß zu nehmen, und erklärte, daß das AA am Zustandekommen des Unternehmens großes Interesse habe⁴⁶.

Als sich das Deutsch-Französische Studienkomitee (Comité Franco-Allemand d'Information et de Documentation) am 30. 5. 1926 in Luxemburg unter der Ägide Mayrischs konstituierte⁴⁷, also noch über ein Vierteljahr vor dem Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, gehörten ihm von deutscher Seite unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatsministers von Nostitz-Wallwitz vorwiegend Vertreter der Schwerindustrie an wie Bruhn und v. Wilmowsky (Krupp), Poensgen (Vereinigte Stahlwerke) und später auch Karl Haniel (Gutehoffnungshütte). Die Deutsche Bank war mit v. Stauss vertreten, die Exportindustrien wurden durch v. Simson (IG Farben), Felix Deutsch und Hermann Bücher (AEG) repräsentiert. Aus Handelskammerkreisen kamen v. Mendelssohn (DIHT), Hagen (IHK Köln) und Abraham Frowein, damals zugleich Vizepräsident des RDI. Das AA informierte die deutschen Auslandsvertretungen über die Gründung des Komitees und verpflichtete sie auf die Version, es handle sich um ein „Unternehmen, das auf rein ideell-intellektueller Grundlage und unter Ausschaltung wirtschaftlicher Tendenzen eine Annäherung zwischen den Völkern herbeiführen soll“⁴⁸. Dafür konnte geltend gemacht werden, daß dem Komitee sowohl von deutscher wie von französischer Seite auch Persönlichkeiten aus Politik, Kunst und Wissenschaft angehörten, so etwa die Professoren Henri Lichtenberger und André Siegfried, Erwin von Beckerath und Ernst Robert Curtius.

Der Initiator des Komitees, Emile Mayrisch, verfolgte offensichtlich das Ziel, über den engeren Bereich der deutsch-französischen Beziehungen hinaus eine europä-

⁴² Aufzeichnung 1. 3. 1926, ebda H 017881–82.

⁴³ Aufzeichnung 29. 3. 1926, ebda H 017902–03.

⁴⁴ Dt Botsch Paris an AA, 20. 3. 1926, ebda H 017904–06.

⁴⁵ Bruhn an AA (Bülow), 30. 3. 1926, ebda H 017915–16.

⁴⁶ AA (Bülow) an Bruhn, 26. 4. 1926, ebda H 017927–29.

⁴⁷ Dt Ges Luxemburg an AA, 30. 5. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 2, H 017957–58; siehe auch: H 017955 sowie die Druckschrift „Deutsch-Französisches Studienkomitee“ (um 1928), BA NL Rechberg 98.

ische Wirtschaftsunion auf dem Wege umfassender Holdinggesellschaften vorzubereiten⁴⁹. Im Unterschied hierzu betonte jedoch eine Information des Komitees, es gründe sich ausschließlich „auf die Idee des deutschen und französischen Nationalinteresses“, sei „streng auf die deutsch-französischen Beziehungen begrenzt“ und falle „nicht zusammen mit der Tätigkeit der verschiedenen Organisationen mit ‚europäischer‘ Tendenz“⁵⁰. Der politische und wirtschaftliche Akzent des Komitees verlagerte sich – wie das AA mit Argwohn vermerkte – in die Richtung einer anti-amerikanischen Entente. „Der Kontinent müsse sich . . . dagegen wehren, in die Abhängigkeit übermächtiger Kapitalkräfte der Welt zu geraten“, forderte der dem Komitee nahestehende Politiker Seydoux, und er erwartete von einer deutsch-französischen Allianz, sie würde in den großen europäischen Fragen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete unüberwindlich werden⁵¹. In der Tat scheinen die Veranstaltungen des Komitees derartige Überlegungen gefördert zu haben, „deren Früchte auch auf anderem Gebiet zu reifen beginnen“, so daß sich das Studienkomitee schon im Dezember 1926 veranlaßt sah, vor übereilten Aktionen zu warnen⁵².

Das Studienkomitee bot so der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, neben der Rohstahlgemeinschaft den institutionellen Rahmen für Kontakte zur westeuropäischen, namentlich der französischen Industrie. Sie wurden auch über den Tod Mayrischs (1928) hinaus aufrechterhalten, wenngleich die deutschen Träger bzw. Sympathisanten des Komitees im Verlauf der Wirtschaftskrise offensichtlich wechselten, so daß zu Beginn der dreißiger Jahre nach dem schwindenden Interesse schwerindustrieller Kreise die Vertreter der Elektro- und chemischen Industrie zu dominieren schienen⁵³.

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie verfügte daneben auch über ein Gremium, in dem die industriellen Beziehungen zu Österreich, d. h. in ‚mitteleuropäischer‘ Richtung koordiniert und geregelt werden konnten. Schon 1926 hatte der Langnam-Verein die Landesgruppe Rheinland (später mit Westfalen) der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft mitbegründet⁵⁴, die ihre Unabhängigkeit auch dann noch betonte, als sie sich 1927 mit den bestehenden Regionalverbänden in Bayern, Berlin, Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg zur „DÖAG für das Reich“ mit dem Sitz in München zusammenschloß⁵⁵. Sie monopolisierte von Anfang an die Behandlung aller industriellen Fragen, die das Verhältnis zur österreichischen Wirtschaft betrafen; aus dem Wirtschaftsausschuß der Landesgruppe Rheinland-Westfalen, dessen Vorsitz im Dezember 1926 Max Schlenker vom Langnam-

⁴⁸ AA an dt Missionen, 11. 6. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 2, H 017963–64.

⁴⁹ Vgl. seine Ausführungen vor dem Komitee am 12./13. 12. 1927: „Les ententes économiques internationales et la paix“, in: Emile Mayrisch, Précurseur, pp. 45–54.

⁵⁰ PA Pol II Fr-C, Bd 1, H 017919–26.

⁵¹ Dt Botsch Paris an AA, 9. 10. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 3, H 018157–61.

⁵² PA Pol II Fr-C, Bd 4, H 018317–32.

⁵³ Vgl. Bariéty/Bloch, Une tentative, in: RHMC 15 (1968), pp. 439–444.

⁵⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung der DÖAG München, 12. 6. 1926, ZStA DÖAG 13, 148–161.

⁵⁵ Protokoll über die Gründungsversammlung in Frankfurt a. M., 13. 5. 1927, ZStA DÖAG 13, 59–60.

Verein übernommen hatte⁵⁶, ging 1927 der ‚Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG‘ hervor⁵⁷. In ihm blieb die rheinisch-westfälische Schwerindustrie bzw. der Langnam-Verein unter Schlenker dominierend, nachdem im Sommer 1927 der Versuch gescheitert war, den RDI und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die Arbeit des Ausschusses wurde dabei von der Erwartung geleitet, „gerade in Hinsicht auf die überseeischen Exportkrisen und nach der allmählichen (sic!) Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse in den osteuropäischen Staaten (würden) die deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten und Aufgaben im nahen europäischen Osten an Bedeutung zunehmen“⁵⁸.

War es dem Langnam-Verein schon 1926 gelungen, auf die österreichische Industrie, insbesondere die Alpine Montan AG, Einfluß zu gewinnen, so benutzte er den harmlosen Rahmen der Arbeitsgemeinschaft, um den deutschen Kapitalexport nach Österreich zu koordinieren. Um eine Überfremdung der österreichischen Wirtschaft durch italienisches und amerikanisches Kapital zu verhindern, forderte er wiederholt „geeignete Massnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich“ und hielt vor allem „deutsche Kapital-Investitionen in Oesterreich und die Erweiterung seines Absatzgebietes“ für notwendig⁵⁹.

Diese vom Langnam-Verein betriebenen Ziele deckten sich weithin mit den langfristigen Absichten der Stresemannschen Revisionspolitik. Eine Parallelisierung der Bemühungen von amtlicher Politik und industriellem Interesse lag darum im Hinblick auf die deutsch-österreichischen Beziehungen und auf eine deutsche Südosteuropa-Politik nahe, und tatsächlich wurde die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft gleichermaßen von Seiten der Reichsregierung wie schwerindustrieller Interessenten subventioniert.

Eine vergleichbare Parallelisierung von amtlicher Politik und industriellen Interessen, wie sie in Richtung auf den ‚Anschluß‘ und später auf ein deutsches ‚Mitteleuropa‘ praktiziert wurde, gelang jedoch nicht in bezug auf die nach Westen orientierten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Dem schwerindustriell dominierten Deutsch-Französischen Studienkomitee stand die amtliche Außenpolitik namentlich in der Ära Stresemann grundsätzlich reserviert gegenüber; umgekehrt war es nicht gelungen, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft über ein Bekenntnis zu den Prinzipien der ‚Verständigungspolitik‘ hinaus zu einer Förderung des amtlich subventionierten VEV zu bewegen.

Selbst im Blick auf die deutsche Völkerbundspolitik verweigerte sich lange Zeit die Industrie den Bemühungen des Auswärtigen Amtes. Bereits im Juni 1924 hatte

⁵⁶ Sitzungsbericht über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses und der Gesamtarbeitsgemeinschaft im Kölner Klub, 7. 12. 1926, ZStA DÖAG 14, 110–111.

⁵⁷ Niederschrift über den Verlauf der Jahresversammlung der DÖAG für Hessen und Hessen-Nassau, 13. 5. 1927, ZStA DÖAG 14, 35–52.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Z. B. 20. 3. 1928, ZStA DÖAG 15, 432–440.

Bülow auf Drängen der Deutschen Liga für Völkerbund versucht, den RDI-Vorsitzenden Kurt Sorge zum Eintritt in das Präsidium der Liga zu bewegen. Denn, so begründete dies das AA, „die Liga sei unser Völkerbundersatz und die Tätigkeit der internationalen Union der Völkerbundsligen wachse ständig an Bedeutung“⁶⁰.

Dem RDI war jedoch lediglich daran gelegen, über eine noch einzurichtende Institution informell und aus der Distanz die Veröffentlichungen des Völkerbundes sowie die Tätigkeit des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Abrüstungskommission zu verfolgen. Zwar gehörten dem Präsidium der Deutschen Liga bereits Schacht und Max Warburg an, doch konnte Sorge sich nicht entschließen, einen solchen für den RDI-Vorsitzenden damals spektakulären Schritt zu tun, den die amtliche Politik von ihm erwartete. So sehr Bülow auch das nationale Interesse Deutschlands an den wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes unterstrich, das „durch Beschickung der wirtschaftlichen Kommission des Weltverbandes der Völkerbundligen wesentlich gefördert werden“ könnte⁶¹, so wenig sah Sorge sich zu einem Beitritt in der Lage, denn er befürchtete, „daß ein solcher Schritt bei meinen noch bestehenden zahlreichen Bindungen zu Wirtschafts- und Fachverbänden zu Mißdeutungen oder Verstimmungen Anlaß geben könnte“⁶².

Dem persönlichen Motiv Sorgen lag freilich die allgemeinere Tatsache zugrunde, daß die Idee oder doch zumindest die Realität des Völkerbundes in weiten Teilen der Industrie heftig umstritten waren und wirtschaftlicher Pragmatismus keineswegs genügte, psychologische Hemmungen – auch im Blick auf die öffentliche Wirkung – zu überwinden. Selbst als der aus der Schwerindustrie stammende Kurt Sorge 1925 im Amt des RDI-Vorsitzenden durch den IG-Farben-Chef Carl Duisberg abgelöst worden war, trat im Verhältnis zum Völkerbund bzw. zur Völkerbund-Liga kein plötzlicher Wandel ein.

Erst Ende 1926 unternahm das AA – im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz – einen erneuten Vorstoß. Noch immer reserviert lautete die Antwort des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Kastl, „daß man innerhalb eines kleinen Kreises des Präsidiums sich wohl darüber verständigen könne, die Deutsche Liga zum individuellen Beitritt freizugeben, vielleicht sogar eine empfehlende Tendenz in die Besprechung hineinzubringen“⁶³. Auf Drängen Bülows um ideelle und materielle Förderung der Liga durch die deutsche Industrie gab Kastl zwar die Zusicherung, den Wunsch des Auswärtigen Amtes in der Präsidialsitzung des RDI im Dezember 1926 befürworten zu wollen⁶⁴. Doch erst im Februar 1928 wurden Moras vom RDI-Präsidium und Siegert vom DIHT in den Wirtschaftsausschuß der Liga gewählt⁶⁵, und es dauerte noch bis zum Dezember des Jahres, bis Handels-

⁶⁰ Aktennotiz Bülow, 24. 10. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 2, K 660292–94.

⁶¹ AA (Bülow) an RDI (v. Düring), 31. 10. 1924, ebda, K 660295–304.

⁶² Sorge an Dr. Ernst Wolff, 13. 11. 1924, ebda, K 660314–15.

⁶³ RDI an AA, 3. 11. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 3, K 660383–84.

⁶⁴ Kastl an AA (Bülow), 18. 11. 1926, ebda, K 660390.

⁶⁵ Protokoll des Wirtschaftsausschusses der Dt Liga für Vbd, 1. 2. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 5, K 660439–43.

kammern und IG Farben sich für die Völkerbund-Liga interessiert zeigten⁶⁶. An der prekären finanziellen Lage der Liga scheint dieses Interesse indes nicht viel geändert zu haben. Noch im Jahresbericht 1929/30 beklagte die Deutsche Liga, „daß der Völkerbund auch heute noch in Deutschland als ein ‚Kind von Versailles‘ recht unbeliebt ist und daß es aus diesen Gründen schwer möglich ist, aus den Kreisen des Handels und der Industrie Mittel für die Werbearbeit der Liga zu erhalten“⁶⁷.

Bis 1927 bewahrten die wirtschaftlichen Spitzenverbände Distanz zu den einzelnen zwischenstaatlichen Einigungsbestrebungen. Weithin gelang es ihnen auch, die zwischen RDI und DIHT abgestimmte einheitliche Haltung gegenüber der amtlichen Politik wie gegenüber den eigenen Regional- und Fachgruppen zu bewahren. Nur im Falle der bilateral orientierten Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft, d. h. in der Vorbereitung des Anschlusses, deckten sich die Absichten der Reichsregierung mit dem Interesse einer Gruppierung innerhalb der Industrie, nämlich mit der auf ‚Mitteleuropa‘ gerichteten Kapital- und Industrieverflechtung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Im übrigen blieben die von gesellschaftlichen Gruppen getragenen Einigungsbestrebungen schon wegen ihrer programmatischen Vielfalt und organisatorischen Heterogenität in internen Konflikten befangen, wodurch sie zumindest für die amtliche Politik zu leicht manipulierbaren und – mit Ausnahme der Völkerbund-Liga und des Verbandes für europäische Verständigung – nicht eben wichtigen Organisationen wurden. Auch von den wirtschaftlichen Spitzenverbänden konnten diese Bewegungen weithin vernachlässigt werden, zumal für notwendige internationale Kontakte den einzelnen Gruppierungen eigene Instrumente und Gremien zur Verfügung standen.

3. Versuch zur Kartellierung der Europa-Verbände 1927–1928

Die von Anfang an bestehende Aufsplitterung der Einigungsbestrebungen in Deutschland war im Herbst 1926 durch die Tagungen konkurrierender Organisationen, namentlich der Paneuropa-Union, des Verbandes für europäische Verständigung und der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung, öffentlich demonstriert worden; zusätzliche Spannungen in den einzelnen Verbänden vermehrten noch die Heterogenität der Programme der Einigungsbestrebungen.

In Frankreich stiftete dies einige Verwirrung, da sich namhafte Politiker immer wieder von den beiden Hauptkonkurrenten, der Paneuropa-Union und dem VEV, zugleich umworben sahen. Um diesen Zustand zu überwinden, schufen französische Parlamentarier und Politiker im März 1927 ein übergreifendes Verständigungskomitee, dessen Vorsitz wie schon in der *Fédération pour l'Entente Européenne* Emile Borel übernahm. Die Gründungsformel des neuen Komitees, so be-

⁶⁶ Vermerk 17. 12. 1928, ebda, K 660456.

⁶⁷ Jahresbericht Dt Liga für Vbd, 15. 7. 1930, ebda.

richtete Hoesch⁶⁸, sei „so allgemein gehalten, dass sie sich keineswegs festlegt auf den Verband für europäische Verständigung, sondern ebenso gut das Coudenhove-sche Paneuropa mitdecken kann“. Als Staatspräsident Doumergue das Ehrenpräsidium dieses Komitees übernahm, bat Heile das AA, den Reichspräsidenten Hindenburg zu einem entsprechenden Schritt zu veranlassen⁶⁹. Auf Rückfrage des Amtes betonte Hoesch nochmals die Unabhängigkeit des neuen französischen Komitees und übermittelte den dringlichen Wunsch Borels, „dass sich in Deutschland ein gleich repräsentatives und autoritatives Komitee bilden möge“⁷⁰.

Erst dieser vom Ausland ausgeübte Druck auf die deutschen Europa-Organisationen gab den Anstoß für die sich über ein dreiviertel Jahr hinziehenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Verbänden mit dem Ziel, durch eine Kartellvereinbarung die ständigen Reibungen zwischen den Einigungsbestrebungen zu vermindern und womöglich sogar zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufinden. Schon Anfang April 1927 konferierten Coudenhove und Heile über eine mögliche Zusammenarbeit der von ihnen vertretenen Organisationen; freilich ohne Erfolg, da Coudenhove weiterhin auf seinem Führungsanspruch beharrte. Die gemeinsame Abneigung gegenüber Coudenhove führte bald danach Heile und Borel zu einer Reise nach Großbritannien, von der beide die Erkenntnis mitbrachten, daß nur eine enge Anlehnung an die Völkerbund-Ligen oder gar eine Fusion mit ihnen eine dauerhafte Kooperation verspreche.

Da sich Coudenhove weiteren Kartellverhandlungen einfach entzog, mußte Reichstagspräsident Paul Löbe eine Integration versuchen, zu der er aufgrund seiner Mitgliedschaft in beiden konkurrierenden Organisationen prädestiniert schien. Unter seiner Ägide mündeten die seit Sommer 1927 geführten Verhandlungen im Dezember des Jahres schließlich in ein „Deutsches Kartell für europäische Annäherung“⁷¹. Darin vereinbarten die Paneuropäische Union Deutschlands, der Verband für europäische Verständigung, der Europäische Zoll-Verein und der Deutsche Kulturbund, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit „in der Durchführung ihrer Aufgaben jede Polemik zu unterlassen, sich vielmehr gegenseitig zu unterstützen und sich über die Bearbeitung bestimmter Aufgaben zu verständigen“⁷².

Coudenhove freilich verhinderte auch diesmal eine gedeihliche Zusammenarbeit, indem er in Frankreich den Verband für europäische Verständigung als verkappte Anschlußbewegung zu dekouvrieren sich bemühte⁷³. Ein derartiger Vorwurf traf nun viel eher auf Löbe zu, der zugleich Vorsitzender des Österreichisch-Deutschen Volksbundes war. So trugen die fortgesetzten polemischen Angriffe Coudenhoves nicht nur zu einer immer engeren Verständigung zwischen deutschem und französischem Komitee und zur Konstituierung des internationalen „Bundes für europä-

⁶⁸ Dt Botsch Paris an AA, 15. 3. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁶⁹ Heile an AA, 28. 3. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

⁷⁰ Hoesch an AA, 31. 3. 1927, ebda.

⁷¹ Heile an AA, 7. 12. 1927, ebda.

⁷² Kartellvereinbarung 19. 12. 1927, ebda.

⁷³ Heile an Schücking, 23. 2. 1928, BA NL Schücking 100.

ische Cooperation' (1928) bei⁷⁴, sie veranlaßten vor allem auch Paul Löbe, den Vorsitz der Paneuropa-Union Deutschlands niederzulegen, den dann Coudenhove selbst übernahm. Damit war das Kartell der Europa-Organisationen seiner Integrationsfigur beraubt; es zerfiel daraufhin noch im Laufe des Jahres 1928.

Der Zerfall des Kartells zwischen den Einigungsbestrebungen in Deutschland verhinderte, daß eine einheitliche, von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragene, mithin also selbständige Organisation entstehen konnte. Die einzelnen Verbände waren darum mehr als zuvor darauf angewiesen, Anlehnung bei mächtigen wirtschaftlichen und politischen Instanzen zu suchen. Damit boten sie sich zugleich als manipulierbare Instrumente im Dienste dieser Instanzen an.

4. Tendenzen zur Funktionalisierung von Einigungsbestrebungen durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik 1927–1929

Antidemokratische Vorstellungen, die schon 1926 beim Wiener Paneuropa-Kongreß den Konflikt mit Löbe provoziert hatten, und der an französischen Zielen orientierte Anti-Revisionismus entfremdeten nun Coudenhove seiner Anhängerschaft in Deutschland, namentlich bei den Sozialdemokraten. Seine Anlehnungsversuche bei schwerindustriellen Kreisen ließen ihn anti-sozialistische und zunehmend auch antisowjetische Programmziele entwickeln⁷⁵. Daher warf ihm Kurt Hiller vor⁷⁶, er habe „mit der kapitalistischen Demokratie einen offenen Pakt geschlossen“, den „Anschluß der Paneuropäischen Union an die internationale Verschwörung gegen Sowjetrußland und gegen die soziale Revolution vollzogen“; Hiller erklärt seinen Austritt aus der Union.

In der Folgezeit befaßte sich die Paneuropa-Union vermehrt in detaillierten Untersuchungen mit der kolonialen Basis Paneuropas⁷⁷ und der „Besiedlungsfähigkeit Afrikas“⁷⁸. Coudenhove selbst versuchte die Angriffe der italienischen Zeitschrift ‚Antieuropa‘ dadurch zu parieren, daß er die ‚Antieuropäer‘ als „fascistischen Flügel der Paneuropa-Bewegung“⁷⁹ bezeichnete und so doch noch zu integrieren suchte. Diese von Coudenhove vertretene Meinung kann wohl nicht durchweg als repräsentativ für seine Anhängerschaft interpretiert werden.

Immerhin aber empfahl sich spätestens ab 1928/29 die Paneuropa-Union als anti-sozialistische Bewegung. Als der Linoleum-Industrielle Richard Heilner⁸⁰ die „riesige Zahl der sozialistischen Stimmen und drei Millionen kommunistische Stim-

⁷⁴ Europäische Cooperation, S. 3–4.

⁷⁵ Vgl. Coudenhoves Beiträge in: PE, Jahrgänge 1928 und 1929.

⁷⁶ Kurt Hiller contra Coudenhove. Zwei offene Briefe, in: PE 5 (1929) H. 7, S. 14–21.

⁷⁷ Coudenhove in: PE 5 (1929) H. 2.

⁷⁸ Alfred Zintgraff in: PE 5 (1929) H. 10.

⁷⁹ Coudenhove, Antieuropa, in: PE 6 (1930) H. 3.

⁸⁰ Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Württembergischer Industrieller in Göppingen, 28. 11. 1928 über: Die deutsche Wirtschaft und der europäische Zusammenschluß, BA NL Gothein 50, 16–19.

men“ bei der Reichstagswahl 1928 beklagte und prognostizierte. Deutschland gehe „der inneren Revolution, den russischen Zuständen entgegen“, falls es weiterhin eine Politik der „Verelendung des inneren Marktes“ betreibe, forderte er, um solchen revolutionären Entwicklungen rechtzeitig Einhalt zu gebieten, die „Schaffung von Paneuropa“, und zwar zunächst in Form einer Zollunion, durch die Kaufkraft und Konsum der Massen gesteigert und damit politische Stabilität erreicht würde. Daß Europa dadurch in einen Gegensatz zu den USA oder Großbritannien geraten könnte, befürchtete Heilner nicht, zumal beide Staaten „auch politisch ein einiges und starkes Europa als Bollwerk gegen die russische Gefahr“ bräuchten. Um ein solches Programm zu unterstützen, rief Heilner jedenfalls zur Förderung der Paneuropa-Union auf und beabsichtigte auch, über den RDI bei der Reichsregierung entsprechende Schritte einzuleiten.

Inwieweit Coudenhove in diesen Jahren in industriellen Kreisen Deutschlands und Frankreichs tatsächlich Resonanz und Rückhalt gefunden hat, ist indes trotz der Sympathieerklärungen einzelner Industrieller und Bankiers nicht leicht nachprüfbar. Coudenhove selbst schreibt sich zu, paneuropäische Wirtschaftsgespräche zwischen einem französischen und einem deutschen Komitee namhafter Wirtschaftsführer zustandegebracht zu haben⁸¹, in denen alle Zweige der Industrie vertreten gewesen sein sollen. Außerdem war die Initiative zu dem die luxemburgische Paneuropa-Sektion konstituierenden Vortrag Coudenhoves von Mayrisch ausgegangen, der dann auch das Präsidium der dortigen Organisation übernahm⁸².

Hingegen fungierte Coudenhove weder als Mitglied des Deutsch-Französischen Studienkomitees noch klärt er in seinen Schriften das Verhältnis zwischen seinem ‚paneuropäischen Wirtschaftskomitee‘ und dem Studienkomitee auf. Da weiterhin die Mitgliederlisten beider Komitees bis auf fünf Personen⁸³ sich nicht decken, die Existenz des Coudenhoveschen Komitees bislang an keiner Stelle in privaten und amtlichen Akten erwähnt wurde, liegt die Annahme nahe, daß Coudenhove hier wie in anderen Fällen⁸⁴ individuelle Sympathieerklärungen einzelner Wirtschaftsführer und informelle Treffen zu einer Institution stilisiert hat, wie sie mit der offiziösen Distanz des RDI zur Paneuropa-Union und der potentiellen Konkurrenz zum Deutsch-Französischen Studienkomitee wohl kaum zu vereinbaren gewesen wäre.

Auch der Wert des Verbandes für europäische Verständigung wurde im Auswärtigen Amt, dem potentiell stärksten Interessenten, in der Zeit vor und nach dem

⁸¹ Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, S. 142–145.

⁸² Ebda, S. 130.

⁸³ Théodore Laurent, de Peyerimhoff, Bücher, Poensgen, Stauss.

⁸⁴ So behauptet Coudenhove etwa, Stresemann sei „hinter den Kulissen“ einer der „größten Gönner“ der Paneuropa-Union gewesen (Kampf um Europa, S. 106, auch 138); ein Urteil, das die sozialistische Geschichtsschreibung unbesehen übernommen hat (z. B. Die bürgerlichen Parteien, Bd 2, S. 467). Aus den Akten des AA geht jedoch geradezu das Gegenteil hervor; z. B. Aufzeichnung 13. 9. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2, wonach Stresemann eine Subvention der PU explizit abgelehnt hat. Vgl. dazu Lippens, Europäische Einigungs-idee, bes. S. 63–71.

Kartell der Europa-Organisationen skeptisch beurteilt. Immer wieder setzte das AA seine Hoffnungen hingegen auf ein wirtschaftliches Europa-Komitee unter Führung der amtlichen Politik und unterstützte darum den von Nossig im November 1926 präsentierten Plan⁸⁵, in Genf ein „Europäisches Wirtschaftskomitee“ zu schaffen. Unter Mitwirkung namhafter Industrieller wie Loucheur, Bücher und Duisberg sollte der Versuch gemacht werden, „die Wünsche des vorbereitenden Weltwirtschaftskongresses, der interparlamentarischen Union, der internationalen Handelskammer, von Paneuropa und des Mayrisch-Komitees und andere unter einen Hut zu bringen“⁸⁶. Dabei ging man von der sicherlich zutreffenden Erwägung aus, „eine den tatsächlichen Widerständen entsprechende europäische Bewegung (könne) . . . nur geschaffen werden, wenn die schon jetzt vorliegende Gemeinsamkeit der europäischen Wirtschaftsinteressen ein Organ findet, in dem diese Gemeinsamkeit konstatiert und entwickelt wird“.

Daß indes eine derartige Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen nicht realisiert werden konnte, erklärt sich aus der im Grunde unvereinbaren Heterogenität der Programme und Interessen, die immer wieder zutage getreten war. Indes brachten die einzelnen Europa-Verbände ähnlich illusionäre Pläne auch selbst hervor. So schlug Nossig im ‚Aktionsprogramm des Bundes für Europäische Verständigung‘ für 1926/27 vor, die Lösung der europäischen Kernfrage eines Ausgleichs zwischen revisionistischen und antirevisionistischen Staaten schlicht durch die Verkündung eines europäischen Gottesfriedens zu vertagen⁸⁷.

Dies macht verständlich, daß Köpke angesichts der von Stresemann wiederum beantragten Förderung des Verbandes zur Zurückhaltung mahnte, denn – so schrieb er⁸⁸ – „solange der Verband keine positive Arbeit leistet und sich ähnlich der gleichartigen Gründung des Grafen Coudenhove-Kalergi (Paneuropa) auf die Propagierung zwar recht idealer aber praktisch undurchführbarer Ideen beschränkt, erscheint eine amtliche Unterstützung seiner Bestrebungen nicht unbedenklich“.

Trotz dieser Meinungsäußerung aus der Ministerialbürokratie setzte sich aber Stresemann weiterhin für den Verband und dessen amtliche Subventionierung ein. Eine Aufzeichnung vom Januar 1927 betonte nochmals: „Der Herr Reichsaussenminister verspricht sich, wie er auch dem Verband schriftlich bestätigt hat, von der Arbeit dieser grossangelegten überparteilichen Organisation die Festigung der Grundlagen für die stetige folgerichtige Fortführung der deutschen Aussenpolitik. Auf Grund der Erfolge, die der Verband mit der Anregung zur Begründung gleichartiger Organisationen in nunmehr bereits 26 europäischen Staaten, vor allem Frankreich und England, jetzt erzielt hat, wünscht der Reichsaussenminister durch nachdrückliche materielle Unterstützung des Verbandes diesem die Möglichkeit weiterer für die deutsche Aussenpolitik wichtiger Erfolge zu verschaffen. Die Er-

⁸⁵ Nossig an AA, 3. 11. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁸⁶ Aufzeichnung, 11. 12. 1926, ebda.

⁸⁷ Anlage zu Nossig an AA, 3. 11. 1926, ebda.

⁸⁸ Aufzeichnung 6. 1. 1927, ebda.

folge des Verbandes für europäische Verständigung bedeutet (sic!) eine Ebnung der Wege für die Aussenpolitik des Reiches, deren Ziel ja gleichfalls die europäische Verständigung auf der Grundlage der Freiheit und Gleichberechtigung der Nationen ist.“⁸⁹

Die nachdrücklich geäußerte Sympathie Stresemanns für den VEV beruhte nach wie vor auf weitestgehender Übereinstimmung zwischen dem Programm des Verbandes und der amtlichen Außenpolitik⁹⁰. Dies galt nicht allein in bezug auf die Einbeziehung Großbritanniens und der USA in das revisionspolitische Konzept Stresemanns, was eine kontinentaleuropäische Abschließung und eine Regionalisierung des Völkerbundes im Sinne der Vorschläge Coudenhoves ausschloß; dies galt auch für Stresemanns Haltung gegenüber der Sowjetunion. Da er aus revisionspolitischen Erwägungen an ungestörten, wenn nicht freundlichen deutsch-sowjetischen Beziehungen ungeachtet seiner Abneigung gegen den Kommunismus interessiert sein mußte, versuchte er demonstrativ noch vor dem deutschen Eintritt in den Völkerbund sowjetische Bedenken gegen die Locarno-Politik durch den Abschluß des Berliner Vertrages (1926) zu zerstreuen.

Im Gegensatz zu Coudenhoves prinzipiell anti-russischer wie anti-bolschewistischer Einstellung unternahm nach dem deutsch-sowjetischen Neutralitätsvertrag auch Nossig im Januar 1927 den wohl nicht sehr realistischen Versuch, die Sowjetunion zur Teilnahme an den Bestrebungen des VEV zu veranlassen. Dieses Ansinnen lehnte der sowjetische Botschafter Krestinski mit dem Hinweis auf die Nähe des Verbandes zu dem von sowjetischer Seite damals bekämpften Völkerbund ab⁹¹.

Stresemann hatte seine Absicht, über den VEV die öffentliche Meinung zugunsten seiner ‚Verständigungspolitik‘ zu mobilisieren, mit der Zusage einer laufenden hohen Subvention des Verbandes aus einem Fonds des Auswärtigen Amtes unterstrichen. Als sich dies nicht einhalten ließ, geriet der Verband finanziell immer mehr in die Klemme⁹². Daraufhin drängten die Ministerialbeamten im AA den Minister, die Förderung des Verbandes doch überhaupt einzustellen. „Seit Jahr und Tag werden nahezu alle Ziele dieser Organisation teils vom Völkerbund selbst, teils von den Völkerbundsligen mit Nachdruck verfolgt. . . . Wozu also mit großen Mitteln noch eine neue Organisation unterstützen, die bisher ihre Lebensfähigkeit noch in keiner Weise bewiesen hat und in deren leitende Persönlichkeit man kein allzu großes Vertrauen setzen kann?“⁹³

Auch das Finanzministerium begegnete den Anträgen Stresemanns nunmehr aus offenbar nicht nur fiskalischen Erwägungen ablehnend. Stattdessen schlug es vor,

⁸⁹ Notiz, irrtümlich datiert „Januar 1926“, ebda.

⁹⁰ Weder stand das AA beiden in Deutschland konkurrierenden Europa-Organisationen (d. h. PU und VEV) gleichermaßen zurückhaltend gegenüber, noch hat sich gar Stresemann der Paneuropa-Bewegung Coudenhoves angeschlossen; vgl. Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 8-9.

⁹¹ Aufzeichnung (Dirksen) 3. 1. 1927, Aufzeichnung (Köpke) 10. 1. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁹² Z. B. Heile an Schücking, 23. 4. 1928, BA NL Schücking 100.

⁹³ Aufzeichnung (Poensgen), 19. 4. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

den Finanzbedarf des VEV in den Reichsetat aufnehmen zu lassen und hierfür eine parlamentarische Initiative der Regierungsparteien in die Wege zu leiten⁹⁴.

Eine solche Initiative, die zum Testfall für die tatsächliche Resonanz und Grundlage des Verbandes in parlamentarischen Kreisen geworden wäre und den VEV aus der engen, instrumentalisierten Bindung an die amtliche Außenpolitik gelöst hätte, blieb aber offensichtlich noch während der Sondierungen bei einzelnen Fraktionen stecken. Durch diesen Mißerfolg bestätigt, arbeitete die Ministerialbürokratie des AA darauf hin, den VEV in der Deutschen Liga für Völkerbund aufgehen zu lassen, die ohnehin amtlich subventioniert wurde und sich als gefügiges Instrument der amtlichen Politik erwiesen hatte.

Nicht nur in der Politik gegenüber dem Westen und dem Völkerbund standen damit Stresemann außeramtliche Verbände zur Verfügung, auch für seine auf ‚Mitteleuropa‘ gerichteten Ziele bediente sich die amtliche Außenpolitik zunehmend gesellschaftlicher Einigungsbestrebungen. Sie boten sich für Aktivitäten unterhalb der Ebene offizieller Diplomatie an und eigneten sich zur geheimen Vorbereitung politischer Ziele namentlich im wirtschaftlichen Bereich.

Daß diplomatische Vorstöße in der ‚Mitteleuropa‘-Frage noch keine Erfolge brachten, hatte Stresemanns Vorschlag einer Zollunion mit der Tschechoslowakei vom Mai 1928 erwiesen. Aus Anlaß des Besuches von Beneš in Berlin ließ er durch Staatssekretär von Schubert den mit Hindenburg abgesprochenen Plan unterbreiten, die Tschechoslowakei und gegebenenfalls auch Österreich sollten mit Deutschland eine Zollunion bilden. Damit könnten die drei Staaten einen Beitrag zu dem Endziel der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ leisten⁹⁵. Beneš entwickelte demgegenüber den Gedanken einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Kleinstaaten in Mittelost- und Südosteuropa, wobei er die Beteiligung einer Großmacht wie Deutschland für nicht zweckmäßig hielt, weil dieser dann die Führungsrolle zugefallen wäre.

„Die einzige Konzession, zu der Beneš zu haben war, lautete, daß eine Verständigung größeren Stils zwischen Deutschland und Frankreich die Chancen für Schuberts Vorschlag entscheidend verbessern würde; unter dieser Voraussetzung könne er sich dessen Verwirklichung vorstellen.“⁹⁶ Das bestätigte nur die ursprüngliche taktische Linie Stresemanns, der von der realistischen Prämisse ausging, daß vor einer Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses ein isolierter deutscher Vorstoß nach ‚Mitteleuropa‘ aussichtslos sei – wie es das Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes von 1931 dann abermals bestätigen sollte.

Umso wichtiger blieben in der Zwischenzeit informelle, nicht-amtliche Vorarbeiten; Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft und Mitteleuropäischer Wirt-

⁹⁴ Aufzeichnung (Schneider), 25. 10. 1928, ebda.

⁹⁵ Brügel, Tschechen, S. 214–220. Stresemanns Sondierung bei Beneš war nicht der erste Versuch der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung. Bereits im Januar 1923 hatte Reichskanzler Cuno eine diesbezügliche Fühlungnahme bei der tschechoslowakischen Regierung angeregt; vgl. Aufzeichnung v. Mutius, 25. 1. 1923, ZStA AA 42999, 21–24.

⁹⁶ Brügel, S. 217.

schaftstag gewannen für die amtliche Politik entsprechend an Gewicht. Bereits seit 1925 wurde die DÖAG seitens des AA wie des Innenministeriums mit namhaften Beträgen unterstützt. Die Regierung legte dabei Wert darauf, daß die Subvention in aller Regel der Arbeitsgemeinschaft nicht unmittelbar übergeben wurde, sondern auf dem Umweg über einzelne Abgeordnete wie Professor Hoetzsch (DNVP) dorthin gelangte⁹⁷.

Die amtliche Politik verfolgte mit ihrer Förderung unter anderem die Absicht, regionale Sonderinteressen auszugleichen, die den außenpolitischen Zielen womöglich zuwiderliefen. Dies galt einmal in bezug auf Politik und Wirtschaft Bayerns, die sich laufend und mit um ein Vielfaches höheren Beträgen als das Reich in der Anschlußbewegung engagierten. So äußerte Berlin gegenüber einer für 1927 geplanten ‚Österreichischen Woche‘ in München Bedenken und brachte zum Ausdruck, „dass man eine bayerisch-österreichische Verbrüderung befürchtet und auf der anderen Seite eine laute Anschlussdemonstration aus aussenpolitischen Gründen nicht für zweckmässig hält“⁹⁸. Dies galt zum andern vermutlich auch in bezug auf das Engagement der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und der Energiewirtschaft in der Anschlußfrage, wenngleich Ausmaß und Richtung der regierungsamtlichen Steuerung bzw. Gegensteuerung gegenüber Interessenten aus Kreisen der Wirtschaft im einzelnen aufgrund der archivalischen Überlieferung offensichtlich nicht mehr erfaßbar sind.

In jedem Falle lag der amtlichen Politik jedoch daran, über ihre Subvention die inhaltlich gebilligte Arbeit der Anschlußorganisation DÖAG und ihrer Komplementärorganisation ÖDAG im Griff zu behalten. Vor allem mußte mit Rücksicht auf die westlich orientierte ‚Verständigungspolitik‘ verhindert werden, daß die auf Österreich zielenden Vorarbeiten der Organisationen zu sehr an die Öffentlichkeit drangen und womöglich im Ausland politisches Porzellan zerschlugen. So machte das AA im November 1926 sowohl bei der ÖDAG in Wien wie bei der DÖAG in Berlin nachdrücklich darauf aufmerksam, daß eine von der ÖDAG herausgegebene Denkschrift über den Anschluß Österreichs⁹⁹ Formulierungen enthalte, die „vom politischen Standpunkt aus nicht zweckmässig“ erschienen. Reichsregierung und Anschlußorganisationen „hätten ein Interesse daran, solche Dinge nicht öffentlich zu sagen, sondern in der Öffentlichkeit zugänglichen Denkschriften vielmehr derartige Tatsachen möglichst zu verbrämen . . . Wir wurden gebeten“, registrierte die DÖAG, „dafür zu sorgen, dass die von uns veröffentlichten Denkschriften in Zukunft auf diese politischen Erwägungen Rücksicht nehmen“¹⁰⁰.

Während die amtliche Politik frühzeitig in der deutsch-österreichischen Frage tätig wurde und die deutsche Industrie zum Engagement in Österreich ermunterte, wie es die Aktivitäten Stresemanns ab Ende 1924 belegen, verhielt sie sich gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und dessen Auseinandersetzungen um

⁹⁷ DÖAG Berlin an DÖAG München, 21. 12. 1926, ZStA DÖAG 57, 112–112 Rs.

⁹⁸ DÖAG München an Remshard, 25. 11. 1926, ZStA DÖAG 42, 295–295 Rs.

⁹⁹ Ondraczek, Der Anschluß Österreichs.

¹⁰⁰ DÖAG Berlin an DÖAG München, 1. 11. 1926, ZStA DÖAG 57, 153–153 Rs.

Donauföderationspläne länger abwartend. Hier übernahmen alsbald Handelskammerkreise die Initiative. Schon im Februar 1927 gab der DIHT die mit dem RDI vereinbarte Zurückhaltung gegenüber den Einigungsbestrebungen auf und empfahl seinen Mitgliedern, in der Deutschen Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung mitzuwirken, „damit in der Gesamtheit der M. W. T. der deutsche Standpunkt in Einklang mit den Arbeiten der allgemeinen Interessenvertretungen der Wirtschaft und auch der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer vertreten werden kann“¹⁰¹. Von 1927 an gehörten der Deutschen Gruppe des MWT eine große Zahl von IHK-Präsidenten und Funktionären des DIHT an, voran Dr. Siegert¹⁰². Ihre Beteiligung an den Bestrebungen des MWT zielte insbesondere auf einen Abbau der Handelshemmnisse im südosteuropäischen Raum, der im Einklang mit den Arbeiten der Internationalen Handelskammer vorbereitet werden sollte. Hingegen stießen die Pläne binnenmarkt-orientierter Industrien auf Skepsis, mit denen auf dem Weg über Präferenzzölle und eine Zollunion einem deutsch dominierten ‚Mitteleuropa‘ vorgearbeitet werden sollte. Zwar hielt es der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, Strencioch, schon im Mai 1927 für „unbedingt notwendig, dass wir weitere Rückenstärkung erfahren, was in der Hauptsache dadurch erreicht werden kann, dass man an massgebender Stelle unsere Bestrebungen nunmehr auch in positiver Hinsicht tatkräftigst unterstützt und dass sich auch Vertreter aus der Schwerindustrie zum Eintritt in die Organisation bereit finden“¹⁰³. Doch hatte zum einen die Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Raumes bereits im Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG ein gefügiges Instrument für ihre Politik gegenüber Österreich gefunden; zum andern lehnte auch Siegert alle Bestrebungen ab, die den MWT zur Dachorganisation der mitteleuropäischen Einigungsbestrebungen machen sollten und die Politik des DIHT unter den Druck der in der DÖAG dominierenden Schwerindustrie gesetzt hätten¹⁰⁴.

Das Ausscheren des DIHT aus der gemeinsamen Haltung gegenüber Einigungsbestrebungen stellte die bislang bewahrte Integrationsfähigkeit des RDI ebenso infrage wie das massive Engagement der Schwerindustrie in der DÖAG. Immer mehr gelang es ab 1927 schwerindustriellen Kreisen, sich gegenüber den exportorientierten Industrien zu behaupten und auf den Kurs des RDI einzuwirken.

Die schwerindustrielle Machtballung im Deutsch-Französischen Studienkomitee bot hierzu einen institutionellen Ansatz. Als im Herbst 1926 der Schriftsteller Otto Grautoff eine Zeitschrift ‚Deutsch-Französische Rundschau‘ ins Leben rufen wollte, wurden diese Pläne nicht nur im Auswärtigen Amt begrüßt und mit materieller Förderung bedacht¹⁰⁵. Stresemann setzte sich darüber hinaus auch in Kreisen der

¹⁰¹ Rundschreiben des DIHT, 22. 2. 1927, ZStA AA 42993, 189–191.

¹⁰² Siegert blieb die treibende Kraft des DIHT-Engagements im MWT; insbesondere setzte er sich für den Beitritt weiterer Industrie- und Handelskammern laufend ein. Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe der MWTagung, 15. 7. 1927, ZStA AA 42994, 60–61.

¹⁰³ MWT Dt Gruppe (Strencioch) an AA, 3. 5. 1927, ebda, 39–39 Rs.

¹⁰⁴ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 22. 6. 1928, ZStA AA 42995, 5–8.

Industrie für eine Förderung des Vorhabens ein, und sowohl Kastl vom RDI wie Deutsch von der AEG erklärten ihre Bereitschaft, „die Angelegenheit mit Hilfe und Unterstützung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu organisieren“ und in das Kollegium der Herausgeber einzutreten¹⁰⁶. Doch gelang es dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des RDI, Kastl, nicht, auch das Deutsch-Französische Studienkomitee für das Vorhaben zu gewinnen; das Mayrisch-Komitee lehnte jede Unterstützung ab¹⁰⁷. Mit Hilfe des AA war es Grautoff zwar möglich, aus Kreisen des Handels für sein Projekt auch materiell fundiertes Interesse zu finden, so seitens des Hansa-Bundes und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Als er jedoch wiederum mit der AEG und dem RDI über eine Förderung in Verhandlungen eintreten wollte, mußte er seitens des Spitzenverbandes der deutschen Industrie erfahren, „der Reichsverband als solcher könne die Deutsch-französische Rundschau nicht unterstützen, da das Studienkomitee den bekannten ablehnenden Beschluss gefasst habe“¹⁰⁸.

Die im Deutsch-Französischen Studienkomitee vereinigte wirtschaftliche Macht namentlich der Schwerindustrie war demnach in der Lage, nicht nur Entscheidungen einzelner Firmen und Konzerne wie der AEG, sondern selbst des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu präjudizieren. Darüber hinaus gelang es ihr, über ihre Büros in Paris und Berlin die Öffentlichkeitsarbeit auf dem Felde der deutsch-französischen Beziehungen weitgehend zu bestimmen. Konkurrierende Vorhaben wie das Grautoffsche Zeitschriftenprojekt konnten sich, selbst wenn sie von der mittelständischen Wirtschaft und von Handelskreisen getragen waren, demgegenüber nur aufgrund der tatkräftigen Unterstützung durch die amtliche Außenpolitik, namentlich durch Stresemann, behaupten.

Die Außenpolitik in der Ära Stresemann war dabei keineswegs einer unmittelbaren Bindung an das Interesse der Exportindustrie oder des Handels unterworfen. Dies erfuhren der Verband Sächsischer Industrieller und mitteldeutsche bzw. sächsische Handelskammern, als sie 1927 in Abstimmung mit dem MWT den Versuch unternahmen, als Pendant zum Kieler Institut für Weltwirtschaft wie zu dem von Hantos geführten Wiener Institut ein Mitteleuropa-Institut in Dresden zu gründen. Der Vorschlag, dieses Projekt durch das AA subventionieren zu lassen, wurde abgelehnt¹⁰⁹. Bülow unterstrich dabei, es bestehe „kein Anlaß dafür, für das Dresdner Institut, dessen Bestrebungen auf Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit den Südoststaaten durchaus anerkannt werden und begrüßenswert sind, in gleicher Weise wie für die Wiener M. W. T., an deren ständiger Beobachtung durch die deutsche Gruppe wir ein starkes politisches Interesse haben, Geldmittel zur Verfügung zu stellen“¹¹⁰. Auch gegenüber der Gesandtschaft in

¹⁰⁵ Aufzeichnung 21. 9. 1926, PA II Pol 2 Fr-C, Bd 1, H 022789–98.

¹⁰⁶ Aufzeichnung 1. 10. 1926, ebda, H 022807–08; AEG (Deutsch) an Grautoff, 1. 11. 1926, ebda, H 022828.

¹⁰⁷ Nostitz-Wallwitz an AA, 3. 1. 1927, ebda, H 022857.

¹⁰⁸ Aufzeichnung 28. 10. 1927, PA II Pol 2 Fr-C, Bd 2, H 023020–22.

¹⁰⁹ Aufzeichnung 30. 3. 1928, ZStA AA 42994, 144–145.

Wien wurde klargestellt, „daß dieses deutsche Interesse durch die regelmäßige, durch amtliche Mittel ermöglichte Teilnahme des Reichsministers a. D. Gothein hinreichend gewahrt ist“¹¹¹. So sehr auch Stresemann von der „Notwendigkeit einer stärkeren Kulturpropaganda als Grundlage für die Förderung unseres Exportes“ überzeugt gewesen sein mochte, so wenig wollte er dies „durch eine namhafte fortlaufende finanzielle Beteiligung“¹¹² an der Errichtung des Dresdner Mitteleuropa-Instituts unterstreichen; Anträge des Verbandes Sächsischer Industrieller und des Dresdner Oberbürgermeisters auf amtliche Subvention des Instituts blieben bei Stresemann erfolglos¹¹³.

Die Zurückhaltung Stresemanns gegenüber amtlicher Beteiligung an derartigen mitteleuropäischen Projekten und die sorgsam gehütete Vertraulichkeit des amtlichen Engagements in der Anschlußfrage waren wohlabgewogene Elemente seiner Revisionspolitik. Wie sehr man im Auswärtigen Amt zwischen langfristigen Zielen und der durch die gegebene politische Lage gebotenen Taktik zu unterscheiden wußte, erhellt eine ausführliche Aufzeichnung zur deutschen ‚Mitteleuropa‘-Politik¹¹⁴, die der deutsche Gesandte in Rumänien, Mutius, im Februar 1928 verfaßt hatte. Aufgrund der Auflösung Österreich-Ungarns und der in Rapallo eingeleiteten engen deutsch-sowjetischen Verbindung bilde sich – so Mutius – „im Südosten ein von Deutschland geistig und wirtschaftlich beherrschter Raum, den man Mitteleuropa nennen könnte“. „Hier liegen Kolonisationsgebiete vor unseren Toren, hier bieten sich Aufgaben und Ziele für das im Reich zusammengefasste Deutschtum, die um so sicherer erreichbar sein werden, je weniger eine laute Publizistik und Politik sich ihrer ermächtigt, je mehr sie nur als Richtungspunkte einer sozusagen unpolitischen Politik wirtschaftlicher und geistiger Expansion nach Südosten sich darstellen.“ Von diesen Überlegungen ausgehend hielt Mutius die Gründung eines Mitteleuropa-Instituts für verfrüht, die Bezeichnung mit dem an deutsche Kriegsziele erinnernden Begriff ‚Mitteleuropa‘ überdies für ungeschickt.

Auch im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag hielt man sich für längerfristige Aufgaben bereit und forderte angesichts der von der amtlichen Politik vorläufig noch auferlegten Zurückhaltung, die Aufgabe der Deutschen Gruppe des MWT dürfe „sich auf die Verminderung der Bestrebungen, Deutschland aus einem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis auszuschalten, nicht beschränken, sondern die Tätigkeit der deutschen Gruppe muss sich vorzugsweise darauf erstrecken, ein solches mit Deutschland zusammen herbeizuführen, wobei den deutschen wirtschaftlichen Interessen und dem Gedanken der deutschen Führerstellung in einem geeinten Mitteleuropa Rechnung getragen werden muss“¹¹⁵.

¹¹⁰ Vermerk (Bülow), 1. 8. 1928, ZStA AA 42995, 35–36 Rs.

¹¹¹ AA an Dt Ges Wien, 8. 8. 1928, ebda, 37–38.

¹¹² Verband Sächsischer Industrieller an Stresemann, 21. 12. 1928, ebda, 96–96 Rs.

¹¹³ AA an OB Blüher, 19. 2. 1929, ebda, 109–109 Rs.

¹¹⁴ Mutius an AA, 14. 2. 1928, ZStA AA 42994, 114–115, 134–136.

¹¹⁵ „Tätigkeitsbericht 1928“, ZStA AA 42995, 111–117.

Im April 1929 hielt selbst Stresemann die Zeit für ein vermehrtes amtliches Engagement in der Mitteleuropa-Frage für gekommen. Als zu einer von Hantos veranstalteten Tagung des MWT in Budapest die Deutsche Gruppe keine Einladung erhalten hatte und daraufhin demonstrativ den nächsten Mitteleuropäischen Wirtschaftstag auf deutschem Boden stattfinden lassen wollte, bestärkte das AA die Deutsche Gruppe des MWT in diesem Vorhaben und stellte fest, „unter diesen Umständen wäre es besonders zu begrüßen, wenn die Absicht der deutschen Gruppe verwirklicht werden könnte, die nächste Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Breslau stattfinden zu lassen, da hierdurch der Gedanke der deutschen Beteiligung an dem Mitteleuropa-Problem wirksam hervorgehoben werden würde“¹¹⁶. Erstmals stellte das Auswärtige Amt auch eine Subvention für die Durchführung der Tagung zur Verfügung¹¹⁷; der wenige Monate vor Stresemanns Tod ergangenen Bitte des MWT, er möge diesmal den Ehrenvorsitz der Tagung übernehmen, konnte er allerdings nicht mehr entsprechen¹¹⁸. Sein Nachfolger im Amt des Reichsaußenministers, Curtius, hat diese Funktion jedenfalls kurzentschlossen übernommen¹¹⁹.

Bei aller Distanz der amtlichen Politik zu den vom Langnam-Verein artikulierten schwerindustriellen Interessen, wie dies in der Auseinandersetzung um die Deutsch-Französische Rundschau beispielhaft zum Ausdruck gekommen war, sowie zu den seitens des Handels und der Exportindustrie vorgetragenen Wünschen, die im Falle einer Subvention des Mitteleuropa-Instituts erfolglos geblieben waren, bahnte sich noch unter Stresemann eine Synchronisierung der Aktivitäten von Außenpolitik und Industrie in bezug auf ein deutsches ‚Mitteleuropa‘ an. Schon 1926 hatte Schlenker auf die „Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock“ hingewiesen und das Programm des Langnam-Vereins wie der deutschen Politik dahin zu bestimmen gesucht, „daß das deutsche Volk wirtschaftlich in erster Linie mit dem mitteleuropäischen Gebiet verklammert und verwurzelt ist und dass es zu den vornehmsten Aufgaben unserer Zeit gehört, aus dieser Tatsache den Willen zu wirtschaftlichem Neuaufbau vorerst hier zu bestätigen. Je breiter unsere Grundlage in Mitteleuropa ist, desto stärker wird unsere Stellung gegenüber den übrigen größeren Wirtschaftsmächten Europas und der Welt sein.“¹²⁰

Während um 1928 der nach Westen orientierte Verband für europäische Verständigung für die amtliche Politik an Bedeutung verlor, in der finanziellen Abhängigkeit des AA verblieb und seine Auflösung oder doch wenigstens seine Fusion mit der Völkerbunds-Liga erwogen wurde, rückte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag gegen Ende der Ära Stresemann zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses der amtlichen Politik und der Industrie. Zur selben Zeit, als die Außenpolitik die Be-

¹¹⁶ AA (Windel) an Gothein, ebda 207–208.

¹¹⁷ Vermerk, 14. 9. 1929, ZStA AA 42996, 29.

¹¹⁸ Dt Gruppe des MWT an Stresemann, 4. 7. 1929, ebda, 21.

¹¹⁹ Curtius an Dt Gruppe des MWT, 27. 11. 1929, ebda, 61.

¹²⁰ ZStA AA 42995, 16–17.

strebungen des MWT vermehrt zu fördern begann und eine demonstrative Tagung auf deutschem Boden befürwortete, nahm die Deutsche Gruppe des MWT erste Kontakte zur Schwerindustrie auf. Aufgrund einer Besprechung im März 1929 konnte die Deutsche Gruppe in Aussicht stellen, „dass sich die westdeutsche Schwerindustrie bzw. der Langnamverein noch im Laufe dieses Jahres mit einigen führenden Herren und mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen an der Deutschen Gruppe beteiligen wird“, wofür der bislang distanzierte RDI zugleich personelle Vorschläge machte¹²¹. Wenngleich es zu diesem geplanten Eintritt der Industrie, namentlich der Schwerindustrie, erst 1931 gekommen ist, so bleibt doch für die Einschätzung des Vorgangs von Bedeutung, daß die Weichen für eine verstärkte ‚mitteleuropäische‘ Orientierung von Politik und Industrie Deutschlands noch in der Ära Stresemann bzw. noch vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise gestellt worden sind.

¹²¹ Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 7. 5. 1929, ebda, 224–228.